

Beitragsordnung

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung vom 8. Mai 2009

§ 1 Mitgliedsbeiträge

- (1) Ordentliche Mitglieder sowie Fördermitglieder des Forums Deutscher Rechtsfachwirte e.V. (nachfolgend „Mitglieder“) zahlen entsprechend § 8 der Satzung des Vereines einen jährlichen Mitgliedsbeitrag.
- (2) Ehrenmitglieder sind gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung von der Beitragszahlung befreit.

§ 2 Beitragshöhe

- (1) Der Beitrag beträgt derzeit jährlich 30,00 Euro. Änderungen der Beitragshöhe werden von der Mitgliederversammlung durch einfache Mehrheit beschlossen.
- (2) Jedes Mitglied ist berechtigt, einen von Abs. 1 abweichenden höheren Jahresbeitrag zu leisten. Die Höhe des persönlichen Jahresbeitrages wird dem Vorstand mit der Beitrittserklärung oder mit einfachem Schreiben mitgeteilt.
- (3) Ehrenmitglieder sind berechtigt, freiwillige Beitragszahlungen zu leisten, die Höhe ihres Jahresbeitrages legen sie durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand selbst fest.

§ 3 Zahlungsmodus

- (1) Der Beitrag ist jährlich im Voraus zu entrichten. Das Beitragsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr. Der Beitrag muss bis zum 31. Januar des jeweiligen Beitragsjahres dem Vereinskonto gutgeschrieben sein.
- (2) Bei einem Vereinsbeitritt im Laufe des Beitragsjahres muss der Beitrag bis zum Ende des auf den Eintritt folgenden Monats entrichtet sein. Beginnt die Mitgliedschaft nach dem 30. Juni eines Kalenderjahres, ist nur der hälftige Jahresbeitrag zu zahlen.
- (3) Der Austritt aus dem Verein ist gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung nur zum Ende des Geschäftsjahres möglich; für das Jahr des Austritts ist der Beitrag in voller Höhe fällig.
- (4) Die Beitragszahlung soll gemäß § 8 der Satzung bargeldlos mittels Lastschrift erfolgen. Mitglieder, die keine Einzugsermächtigung erteilen, haben sicherzustellen, dass ihr jeweiliger Jahresbeitrag bis zu dem in Abs. 1 genannten Termin auf dem Vereinskonto eingegangen ist.
- (5) Barzahlungen sind ausgeschlossen.

§ 4 Verwendungen

- (1) Der Beitrag wird ausschließlich für die satzungsgemäße Arbeit des Vereins verwendet.
- (2) Über die Verwendung der Beiträge erteilt der Vorstand auf jeder ordentlichen - auf Antrag auch auf einer außerordentlichen - Mitgliederversammlung einen Kassenbericht.
- (3) Dieser Kassenbericht ist von zwei Kassenprüfern zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung der Mitgliederversammlung mitzuteilen. Die Kassenprüfer werden jeweils für die Dauer der Amtsperiode des jeweiligen Vorstandes gewählt und dürfen diesem nicht angehören.

§ 5 Forderungsverfolgungen

- (1) Kommt ein Mitglied seiner Beitragszahlungspflicht nicht nach, so kommt es mit Ablauf der in § 3 Abs. 1 bzw. 2 genannten Frist in Verzug. Der Vorstand des Vereins wird beauftragt, das Mitglied auf den Zahlungsverzug hinzuweisen und fällige Beiträge spätestens bis zum 1. März eines jeden Jahres anzumahnen.
- (2) Der Vorstand kann neben der Erstattung der dem Verein infolge der Nichtzahlung des Beitrages entstandenen tatsächlichen Kosten eine pauschale Bearbeitungsgebühr von jeweils 2,50 EUR verlangen
 - a) für jede Mahnung nach Eintritt des Verzuges,
 - b) für jede Anschriftermittlung bei Nichtzustellbarkeit an die bekannte Anschrift,
 - c) für jede Rücklastschrift nach erteilter Einzugsermächtigung.
- (3) In Härtefällen kann der Vorstand Beitragsschulden mindern oder gänzlich erlassen. Über Anzahl, Art und Umfang der gewährten Ausnahmen ist bei Wahrung des Datenschutzes für die Betroffenen im Kassenbericht Auskunft zu erteilen.
- (4) Bleibt das Mitglied ein Jahr mit der Beitragszahlung im Rückstand und kommt trotz schriftlicher Aufforderung durch den Vorstand seinen Verpflichtungen nicht nach, wird es gemäß § 4 Abs. 5 b) der Satzung durch Mehrheitsbeschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen.
- (5) Ist das Mitglied unter der dem Verein mitgeteilten Anschrift nicht mehr erreichbar und die neue Anschrift nicht durch einfache Postanschriftenprüfung zu ermitteln, erlischt die Mitgliedschaft im Verein analog § 4 Abs. 5 b) der Satzung durch Mehrheitsbeschluss des Vorstandes.